



Kassel, den 26.03.2020

Allgemeinverfügung

Ausnahmebewilligung zur Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen aus Anlass der Ausbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2) in Deutschland gemäß § 15 Abs. 2 Arbeitszeitgesetz (ArbZG).

Das Regierungspräsidium Kassel erlässt auf Grundlage des § 15 Abs. 2 ArbZG in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HVwVfG) folgende

Allgemeinverfügung:

1. Auf der Grundlage von § 15 Abs. 2 ArbZG dürfen abweichend von § 9 ArbZG Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Verkaufstätigkeiten und Kundenbedienung einschließlich der erforderlichen Vor- und Nacharbeiten im Lebensmitteleinzelhandel und Futtermittelhandel, auf Wochenmärkten, im Direktverkauf vom Lebensmittelerzeuger, in Reformhäusern, in Feinkostgeschäften, in Geschäften des Lebensmittelhandwerks, in Getränkemärkten, in Banken und Sparkassen, in Abhol- und Lieferdiensten, in Apotheken, in Drogerien, in Sanitätshäusern, bei Optiker und Hörgeräteakustikern, in Poststellen, in Waschsalons, in Tankstellen und Tankstellenshops, in Reinigungen, in Kiosken und Tabak- und E-Zigarettenläden, im Zeitungsverkauf, in Blumenläden, in Tierbedarfsmärkten und Bau- und Gartenbaumärkten, im Großhandel und Online-Handel im Rahmen einer sonntäglichen Öffnung von 8 bis 18 Uhr mit Ausnahme des 10., 12. und 13. April 2020 bis zum 19.04.2020 beschäftigt werden.
2. Diese Allgemeinverfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

3. Aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung wird im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung angeordnet. Eine Klage gegen die Allgemeinverfügung hat keine aufschiebende Wirkung.

Hinweise

Mindestens 15 Sonntage im Jahr müssen beschäftigungsfrei bleiben (§ 11 Abs. 1 ArbZG).

§ 11 Abs. 2 i.V.m. § 3 Satz 2 ArbZG bleibt unberührt. Die tägliche Arbeitszeit darf zehn Stunden nicht überschreiten.

Nach § 4 ArbZG dürfen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht länger als 6 Stunden ohne Ruhepause beschäftigt werden. Die Arbeit ist durch im Voraus feststehende Ruhepausen von mindestens 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs bis zu neun Stunden und 45 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden insgesamt zu unterbrechen. Die Ruhepausen können in Zeitabschnitte von jeweils mindestens 15 Minuten aufgeteilt werden.

Auf die Regelung des § 15 Abs. 4 ArbZG wird hingewiesen. Danach darf die Arbeitszeit 48 Stunden wöchentlich im Durchschnitt von 6 Kalendermonaten oder 24 Wochen nicht überschreiten.

Die Ausnahmeregelungen gelten für Beschäftigte über 18 Jahre. Für minderjährige Beschäftigte bleibt es bei den Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Für schwangere und stillende Frauen gelten die Regelungen des Mutterschutzgesetzes.

Diese Genehmigung ersetzt nicht die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates nach § 87 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG).

Begründung

I.

Die Infektionen mit dem Virus SARS-CoV-2 breiten sich in großer Geschwindigkeit in Deutschland flächendeckend aus. Seit 13. März 2020 hat die hessische Landesregierung auf Grund der Empfehlungen der WHO und des RKI drastische Maßnahmen getroffen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Dazu gehören neben der Schließung von Schulen und Kindergärten weitgehende Einschränkungen des öffentlichen Lebens.

II.

Die vorliegende Entscheidung ergeht auf Grundlage des § 15 Abs. 2 ArbZG. Nach dieser Vorschrift kann die Aufsichtsbehörde Ausnahmen von § 9 Abs. 1 ArbZG zulassen und Sonn- und Feiertagsarbeit für zulässig erklären.

Für den Erlass einer solchen Bewilligung in Form dieser Allgemeinverfügung ist das Regierungspräsidium Kassel sachlich und örtlich zuständig nach § 1 Abs.1 Nr.1 b) der Arbeitsschutzzuständigkeitsverordnung in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Nr. 2 HVwVfG und § 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Regierungspräsidien und Regierungsbezirke des Landes Hessen.

Nach § 15 Abs. 2 ArbZG kann die Aufsichtsbehörde über die im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen hinaus weitergehende Ausnahmen zulassen, soweit sie im öffentlichen Interesse dringend nötig sind. Diese Voraussetzungen liegen vor.

Die im Arbeitszeitgesetz neben § 15 Abs. 2 ArbZG vorgesehenen gesetzlichen und behördlichen Ausnahmen und Abweichungen vom Sonn- und Feiertagsarbeitsverbot reichen nicht aus, um die im dringenden öffentlichen Interesse zu erledigenden Arbeiten ausführen zu können.

Das für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung auf der Grundlage des § 15 Abs. 2 ArbZG erforderliche dringende öffentliche Interesse ist gegeben. Öffentliche Interessen sind grundsätzlich nur Interessen der Allgemeinheit. Außer Betracht zu bleiben haben damit in der Regel alle privaten, insbesondere wirtschaftlichen Belange der Betriebe, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen beschäftigen wollen. Das öffentliche Interesse muss auch ein gewisses Gewicht haben. Erforderlich ist, dass die Maßnahmen einem erheblichen Teil der Bevölkerung dienen. Die Ausnahme muss schließlich dringend nötig werden. Das ist nur der Fall, wenn ohne eine unverzüglich erteilte Ausnahmegenehmigung ganz erhebliche, für die Allgemeinheit nicht hinnehmbare Nachteile entstehen, diese aber durch die Ausnahme vermieden werden können.

Diese Voraussetzungen sind erfüllt. Infektionen mit dem Virus SARS-CoV-2 sind inzwischen in allen Bundesländern nachgewiesen. Die Anzahl der Infizierten nimmt aktuell exponentiell weiter zu und die WHO hat die Ausbreitung des Virus als Pandemie eingestuft. Die durch die Länder zur Eindämmung der Ausbreitung zu ergreifenden Maßnahmen reichen von der Untersagung von Veranstaltungen bis hin zur Schließung von Schulen und Kindertageseinrichtungen, Freizeit- und Kureinrichtungen, Kneipen, Clubs etc. und Kontaktbeschränkungen. Die Bevölkerung ist dazu verpflichtet, soziale Kontakte zu vermeiden. Für eine Unterbrechung von Infektionsketten ist eine Schließung vielfältiger Einrichtungen durch die 4. Vierte Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus erlassen worden, da nur so das Ansteckungsgeschehen wirksam unterbunden werden kann. Im Gegenzug muss die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Dingen zum alltäglichen Gebrauch und notwendiger Dienstleistungen sichergestellt sein. Eine Öffnung dieser genannten Einrichtungen erfolgt unter Auflagen zur Hygiene, zur Steuerung des Zutritts und zur Vermeidung von Warteschlangen und engem Kontakt von Menschen. Somit ist eine Ausweitung der Öffnungszeiten auch an Sonn- und Feiertagen dringend geboten.

Mit dieser Allgemeinverfügung wird der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Bundesländer zu weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in Deutschland Rechnung getragen

Da die derzeitige Entwicklung der Ausbreitung des Virus und der Erkrankungen nicht vollständig abschätzbar ist, wurde unter Berücksichtigung des im Grundgesetz

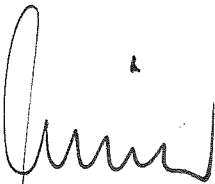
verankerten Sonn- und Feiertagsschutzes diese Bewilligung befristet bis zum 19. April 2020 erlassen.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung findet ihre Grundlage in § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Hiernach entfällt die aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfs, wenn die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten von der Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen oder über den Widerspruch zu entscheiden hat, besonders angeordnet wird.

Das Interesse der Allgemeinheit an der sofortigen Vollziehung dieser Ausnahmegenehmigung zur umgehenden Sicherstellung der Versorgungslage der Bevölkerung überwiegt das eventuelle Aufschubinteresse der von dieser Allgemeinverfügung Betroffenen. Ohne die sofortige Ermöglichung von Ausnahmen ist die lückenlose Versorgung der Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit der systemrelevanten Infrastruktur gefährdet. Demgegenüber sind die Interessen der in den relevanten Branchen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an beschäftigungsfreien Sonn- und Feiertagen für den begrenzten Zeitraum der Ausnahmegenehmigung von geringerem Gewicht. Ein Zuwarten nach einer eventuellen Klageerhebung gegen diese Anordnung bis zu einer rechtskräftigen verwaltungsgerichtlichen Entscheidung ist im vorliegenden Fall zum Schutz der Allgemeinheit nicht angezeigt. Daher muss vorliegend das Interesse der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegenüber dem besonderen öffentlichen Interesse am sofortigen Vollzug dieser Ausnahmegenehmigung zurücktreten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Kassel, Goethestraße 41-43, 34119 Kassel erhoben werden.



Hermann-Josef Klüber
Regierungspräsident